

BESCHLUSSVORLAGE Nr. II/III/20/26/03/26 für die öffentliche Sitzung des Stadtrates am 26.03.2026

Gegenstand der Vorlage:

Ermächtigung des Bürgermeisters zur Unterzeichnung einer Vereinbarung mit der Bundesrepublik Deutschland (Bundesstraßenverwaltung) für den Anbau eines Radweges östlich von Bad Lausick im Zusammenhang mit der Bundesstraße B 176.

Beschlussvorschlag:

Der Stadtrat ermächtigt den Bürgermeister zur Unterzeichnung einer Vereinbarung mit der Bundesrepublik Deutschland (Bundesstraßenverwaltung) vertreten durch das Landesamt für Straßenbau und Verkehr, Niederlassung Leipzig (Vereinbarungs-Nr.: 25_B090 vom 10.12.2025) für den Anbau eines Radweges östlich von Bad Lausick im Zusammenhang mit der Bundesstraße B 176.

Die Gesamtkosten betragen nach erster Kostenschätzung ca. 930.000,00EUR. Die Kostenbeteiligung der Bundesstraßenverwaltung beträgt 751.300,00 EUR und wird nach Fertigstellung ausgezahlt.

Der Eigenanteil der Gemeinde beträgt 178.700,00 EUR. Das Vorhaben ist in der bisherigen Haushaltplanung noch nicht berücksichtigt.

Die Kosten für die Planungsphase (Leistungsphase 2-6) und Bauvorbereitung sowie Grenzfeststellung sind im Doppelhaushalt 2027/2028 in Höhe von ca. 80.000,00EUR einzustellen. Die Kosten für die weitere Planung (Leistungsphase 6-8), Bauüberwachung und Grunderwerb sowie die Bauausführung in Höhe von 850.000,00 EUR sind in den Haushaltjahren 2029/2030 einzustellen.

Begründung:

Die Vereinbarung mit dem Landesamt für Straßenbau und Verkehr vom 01.11.2018/14.11.2018 mit Ergänzung vom 10.05./14.06.2022 zur Voruntersuchung für den Anbau eines Radweges östlich von Bad Lausick an der B 176 zwischen Ballendorf und Bad Lausick wurde 2025 abgeschlossen. Die Kosten für die Voruntersuchung und Umweltseitigen Variantenvergleich mit Artenschutzprüfung betrugen bereits 34.081,36 EUR und wurden vom LASuV zu 100% übernommen. Im Zuge der Voruntersuchung wurde der bestehende und sich in der Baulast der Gemeinde befindliche beschränkt öffentlichen Weg zwischen Ballendorf und der Glastener Straße als angemessen und im räumlichen Zusammenhang stehend dargestellt.

Die Vereinbarung regelt die Kostenbeteiligung der Bundesstraßenbauverwaltung für den Anbau des Radweges und beschränkt sich auf die Baukosten. Dabei obliegt der Gemeinde unter anderem die weitere Planung, der Grunderwerb, und die Bauausführung.

Die Beschlussfassung wurde vom Technischen Ausschuss in seiner Sitzung vom 12.03.2026 empfohlen.

Anlagen: Öffentlich-rechtliche Vereinbarung

bereits gefasste Beschlüsse:

aufzuhebende Beschlüsse:

finanzielle Auswirkungen:

- Produktkonto Ergebnishaushalt:

- Produktkonto Finanzhaushalt :

- Investitionsnummer :

- einmalige Kosten:

- laufende Kosten:

- zu erwartende Erträge:

- jährliche Belastung:

Vorlage abgestimmt mit:

Bgm.	x	Fin.	X	HA		OA		Bau	x	Lieg.		VA		TA			
------	---	------	---	----	--	----	--	-----	---	-------	--	----	--	----	--	--	--

Verteiler des Beschlusses:

Bgm.	x	Fin.	x	HA		OA		Bau	x								
------	---	------	---	----	--	----	--	-----	---	--	--	--	--	--	--	--	--

Verantwortlich für die Durchführung:

Bgm.		Fin.		HA		OA		Bau	x								
------	--	------	--	----	--	----	--	-----	---	--	--	--	--	--	--	--	--

Verteiler der Vorlage:

Bgm.	x	17xSR	x	8xOR		Fin.		HA		Bau	x					Presse	
------	---	-------	---	------	--	------	--	----	--	-----	---	--	--	--	--	--------	--